



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

18. Jg. Nr. 2
09. Mai 2012

Editorial

Einen neuen Aufbruch wagen

Alois Glück, unser Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), liebt eine bildhafte Sprache. So fragt er in seinen Vorträgen: "Wie schaffen wir es, dass wir uns als Gesellschaft so verhalten wie Eltern, die um ihrer Kinder willen auf etwas verzichten?" Diese Frage, in der es im Kern um eine "zukunftsfähige Kultur" geht, reißt den Horizont dessen auf, was wir beim 98. Katholikentag in den kommenden Wochen in Mannheim gesellschaftlich thematisieren wollen. Zehntausende Katholiken aus ganz Deutschland werden in diesen Mannheimer Tagen Wege zu einer Kultur der Gerechtigkeit, zu einer Kultur des Lebens und zu einer Kultur der Verantwortung suchen. Es geht nicht um eine Rückschau und um das Beklagen der Zustände. Der Katholikentag wird zukunftsorientiert sein. Es geht um die Vorstellung konkreter Veränderungsvorschläge, praktikabler Modelle, realistischer Auswege, es geht darum, wie das Leitwort sagt, einen "neuen Aufbruch" zu wagen.

Einen solchen neuen Aufbruch hat natürlich auch unsere Kirche nötig. Es muss ein Aufbruch in Seinem Geist sein. Darum suchen wir in Mannheim nach Wegen zu einer zukunftsfähigen Kirche. Und auch hier ist der eingangszitierte Satz Ansporn und Stachel: "Wie schaffen wir es, dass wir uns als Kirche so verhalten wie Eltern, die um ihrer Kinder willen auf etwas verzichten?" Müssten wir nicht wirklich nur das Unverzichtbare festhalten, das Verzichtbare – in unseren Strukturen, in unseren Verhaltensweisen, in unserem Erscheinungsbild und in allen kirchlichen Regelungen – aber überprüfen, um unserer Kinder willen, die sonst unsere Kirche verlassen? Lasst uns einen neuen Aufbruch wagen!

Stefan Vesper

Inhalt

Ein Ringen um angemessene Lernorte und Bildungsräume _____ 2
Zur Diskussion um Inklusion in der Bildung
[Andreas Lob-Hüdepohl](#)

Engagiert in der Gesellschaft _____ 4
Ein Beitrag zur Debatte um die "Entweltlichung" der Kirche
[Hermann Kues](#)

Arm dran ist, wer arm ist _____ 6
Armut in Deutschland
[Ulrike Kostka](#)

Nervöses Abwarten auf der Zuschauerbank _____ 8
Polen und der Euro
[Wojciech Pięciak](#)

Unsere Kirche, trotz allem _____ 10
Kirchendialog in Belgien
[Peter Annegarn](#)

INKonzept – Wir helfen Ihnen helfen _12
Finanzielle Förderung für freiwillig Engagierte. Ein Projekt des Diözesanrates Rottenburg-Stuttgart

Ein Ringen um angemessene Lernorte und Bildungsräume

Zur Diskussion um Inklusion in der Bildung

Gerade für Menschen mit körperlichen, seelischen und/oder geistigen Beeinträchtigungen ist Bildung existentiell bedeutsam. Vor diesem Hintergrund ist das Ringen um angemessene Lernorte und Bildungsräume für Menschen mit Behinderungen zu sehen, das spätestens durch das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen von 2006 besondere Dringlichkeit erfahren hat.

Bildung ist ein Menschenrecht. Sie vermittelt jene kognitiven und ästhetischen, emotionalen und sozialen Kompetenzen, die für eine gelingende Lebensführung jedes Menschen absolut unerlässlich sind. Sie eröffnet maßgeblich den Zugang zur Arbeits- und Berufswelt und sichert damit die notwendigen materiellen und sozialen Ressourcen zum Lebensunterhalt. Sie eröffnet die Chancen zur aktiven Teilhabe am kulturellen und politischen Leben einer Gesellschaft. Und sie eröffnet jedem Einzelnen konkrete Handlungsspielräume, als gleichberechtigte Bürger das persönliche wie das gesellschaftliche Leben in Freiheit und Verantwortung zu gestalten.

Bildung ist zudem ein unabgeschlossener Prozess, der sich über die ganze Lebensspanne erstreckt; sie umfasst formelle wie informelle Lernformen. Gleichwohl besitzen institutionelle Lernorte wie Kindertagesstätten, Schulen, Ausbildungsbetriebe oder Hochschulen eine besondere Bedeutung. Die Art und Weise, wie sie gemeinschaftliche Lernprozesse gestalten helfen, entscheidet erheblich über die individuellen Bildungserfolge und die Persönlichkeitsentwicklung.

Außerhalb der regulären Schulen?

Auch für Menschen mit körperlichen, seelischen und/oder geistigen Beeinträchtigungen ist Bildung in all diesen Facetten existentiell bedeutsam. Dies wird heute von niemandem bestritten. Das war aber nicht immer so. Bis weit in die Neuzeit hinein wurde bestritten, dass Men-

schen mit Beeinträchtigungen überhaupt zur Bildung fähig und darin zu fördern sind. Vor diesem Hintergrund war und ist es ein kaum zu überschätzender Fortschritt, dass Menschen mit körperlicher und/oder geistiger Beeinträchtigung der Schulpflicht unterworfen und regelmäßig beschult werden. Damit einhergeht nicht zuletzt die Erkenntnis und Anerkennung, dass für bestimmte Gruppen von Schülerinnen und Schülern aufgrund ihrer besonderen Voraussetzungen auch besonderer Erziehungs- und Förderungsbedarf besteht, dem man durch ein breitgefächertes Repertoire an (sonderpädagogischen) Einzelförderungsinstrumenten Rechnung zu tragen sucht. Freilich: Kann oder soll dieser individuelle Förderungsbedarf außerhalb der regulären Schule (also in 'Schulen mit besonderen Förderschwerpunkten') erfolgen? Oder verstärkt nicht gerade diese schulische "Besonderung" von Schülerinnen und Schülern deren faktische Isolation – mit der Konsequenz, dass ihre Bildungskarriere und ihre Persönlichkeitsentwicklung als gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft erheblich beeinträchtigt und sie darin behindert werden.

Zugang zum allgemeinen Bildungssystem

Vor diesem Hintergrund ist das Ringen um angemessene Lernorte und Bildungsräume für Menschen mit Behinderungen zu sehen, das spätestens durch das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ('UN-Behindertenrechtskonvention') von 2006 besondere Dringlichkeit erfahren hat. Mit dieser Konvention verpflichten sich mit Blick auf ein "integratives Bildungssystem" ("inclusive education system") alle Vertragsstaaten, "die menschlichen Möglichkeiten sowie das Bewusstsein der Würde und das Selbstwertgefühl des Menschen voll zur Entfaltung zu bringen und die Achtung vor den Menschenrechten, den Grundfreiheiten und der menschlichen Vielfalt zu stärken" sowie "Menschen mit Behinderungen ihre Persönlichkeit, ihre Begabungen und ihre Kreativität sowie ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten voll zur Entfaltung bringen zu lassen" (Art.24). Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) verknüpft diese Grundsätze unmittelbar mit der Pflicht zur Sicherstellung, dass "Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem integrativen, hochwertigen und unentgeltlichen

Bildung Inklusion

Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben", wobei ihnen "innerhalb des allgemeinen Bildungssystems die notwendige Unterstützung geleistet wird, um ihre erfolgreiche Bildung zu erleichtern".

Für das derzeitige Ringen um angemessene Lernorte und Bildungsräume ist es bezeichnend, dass der deutsche Gesetzgeber überwiegend von integrativer und nicht von inklusiver Bildung spricht. Offensichtlich ist er durch diese sprachlichen Nuancierungen bemüht, etwa mit Blick auf die Schule den (sonder-) schulpädagogischen Konzepten und ihren spezifischen Traditionen in Deutschland gewisse Spielräume in der konkreten Ausgestaltung (zum Beispiel Förder-/Sonderschulen neben der Regelschule oder sonderpädagogische Förderung innerhalb der Regelschulen) offenzuhalten. Maßgeblich muss aber immer sein, dass "Menschen mit Behinderungen zur wirklichen Teilhabe an einer freien Gesellschaft" befähigt werden. Dazu gehört auch, dass Menschen ohne Behinderungen möglichst frühzeitig unverkrampft mit Menschen mit Behinderungen zusammenleben.

Besondere Verantwortung der Kirchen

Die Kirchen stehen in einer doppelten Verantwortung für eine menschenrechtskonforme, inklusive Gestaltung des Bildungssystems. Denn es ist unbestreitbar gerade ihnen und ihren Orden und Verbänden zu verdanken, dass Menschen mit Behinderungen in ihren Einrichtungen überhaupt eine Aufnahme und individuelle Förderung erfahren haben. Maßgeblich für dieses diakonisch-caritative Engagement sind ihr spezifisch christliches Menschenbild und die daraus resultierenden ethischen Orientierungen, die weit über kirchliche Einrichtungen hinaus für die gesamte Gesellschaft humanitätsförderliche Impulse setzen. Jeder Mensch ist Geschöpf und Ebenbild Gottes – völlig unabhängig von seiner spezifischen Lebensgeschichte, Lebensleistung oder leiblichen und geistigen Lebensdisposition. Jeder und jedem ist deshalb Beteiligung und damit Bildung möglich wie zu ermöglichen. Jeder und jede führt sein bzw. ihr Leben unter dem Vorbehalt, dass nichts perfekt ist.

Zwar haben auch die christlichen Kirchen viel zu lange gebraucht, um die biblischen und insbesondere jesuanischen Impulse für ein Niederreißen der lebensfeindlichen Barrieren und Mauern zwischen Menschen mit und ohne

Behinderungen wirklich zu beherzigen. Heute jedoch gilt der Grundsatz der Achtung vor jedem Menschen als Geschenk Gottes, ja der tiefen Wertschätzung vor der bereichernden Vielfalt ("diversity") seiner Geschenke: "Mit Behinderungen sein Leben zu führen, hat eine eigene Sinnhaftigkeit. Für die Mehrzahl der Menschen relativiert es die gewohnten Maßstäbe des Sinnvollen und Nichtsinnvollen. Nichtbehinderte Menschen erkennen, dass es möglich ist, sinnvoll zu leben – bei allem Anderssein. Festgefahrene und verengte Bilder von dem, was geglücktes, wahrhaft gelingendes Leben ist, werden aufgebrochen. Sie entdecken am Anderen neue Möglichkeiten, mit den Begrenztheiten auch des eigenen Lebens sinnvoll umzugehen. Sie lernen einen respektvollen Umgang mit Verschiedenheiten, ohne immer wieder die alten Muster von besser oder schlechter zu bemühen. Sie lernen, Ängste vor dem Unbekannten und Befremdlichen abzubauen. Sie lernen eine Menschlichkeit, die für vieles Platz hat."

Damit gewinnt die Rede von der Teilhabe bislang in ihrer effektiven Partizipation behinderter Menschen eine neue Qualität. Teilhabe bedeutet nicht einfach nur Teilnahme am, sondern Teilgabe zum gesellschaftlichen Leben: Menschen mit Behinderungen nehmen nicht nur von den kulturellen, ökonomischen und politischen Errungenschaften einer Gesellschaft, sie geben zu allen diesen Bereichen etwas Eigenes hinzu. Denn sie besitzen nicht nur 'Auch-Kompetenzen', die sie mit anderen teilen. Ihnen eignen auch solche 'Nur-Kompetenzen', die sie von anderen unterscheiden und die Vielfalt menschlichen Lebens bereichert: Menschen mit Behinderungen entwickeln soziale Kompetenzen und kulturelle Kreativitäten oder auch Lebenskraft und Lebensfreude, die gewöhnliche Menschen nicht kennen und oftmals nur verblüffen. Genau darin unterstützt inklusive Bildung eine Bildung für alle.

| Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl

| Professor für Theologische Ethik an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin, Mitglied des ZdK

Engagiert in der Gesellschaft

Ein Beitrag zur Debatte um die "Entweltlichung" der Kirche

In seiner Freiburger Rede vom September 2011 nennt Benedikt XVI. ein Problem beim Namen, das wir alle kennen: Unsere Kirche ist in vielen Feldern des sozialen, kulturellen und politischen Lebens präsent und verliert doch dramatisch an religiöser Überzeugungskraft.

Die Sorge des Papstes teile ich – umso mehr, als ich glaube, dass unserer Gesellschaft mehr denn je eine in sich gefestigte, überzeugungsstarke Kirche guttut. Aber braucht sie auch eine "entweltlichte" Kirche? Dazu die folgenden Anmerkungen.

"Verweltlicht" oder "entweltlicht"?

Im Frühjahr 1887 hatte es Ludwig Windthorst, der herausragende politische Kopf der Zentrumsparterie und bedeutendste Gegenspieler Bismarcks im Kulturkampf, mit einer tatsächlich verweltlichten Kirche zu tun. Ich fühle mich Windthorst verbunden, weil ich den gleichen Wahlkreis im Deutschen Bundestag vertrete, den er damals im Reichstag innehatte, und weil ich ihn für einen zu Unrecht fast vergessenen, hoch bedeutsamen christlichen Politiker halte. Windthorst hatte 15 Jahre lang gegen die Diskriminierung der Katholiken im nationalistisch geprägten deutschen Kaiserreich von 1871 gekämpft.

Ende der 1880er Jahre änderte sich die politische Großwetterlage, Bismarck und Papst Leo XIII. verständigten sich über die Köpfe des Zentrums hinweg. Als eine Geste des guten Willens verlangte der Papst von Windthorst die Zustimmung zu einem Militärbudget, das im Kern ein Blankoscheck zur Aufrüstung war und das wichtigste Recht des Reichstags – das Budgetrecht – aushebelte. Für Windthorst war diese päpstliche Direktive eine Zumutung.

Er war schon vorher überzeugt davon, in allen "weltlichen" politischen Fragen ausschließlich seinem Gewissen und keiner anderen Instanz verpflichtet zu sein. "Wir

handeln frei nach unserer eigenen Überzeugung", sagt er einmal, "und selbst die Bischöfe Deutschlands haben auf unseren Gang und auf unsere Entschlüsse nicht den geringsten Einfluss". Was ihn umgekehrt nicht daran hindert, sich mit aller Kraft als Laie für Kirche und Glauben einzusetzen. Auf dem Höhepunkt des Kulturkampfs ruft er: "Sie können unsere Herzen verletzen. Aber von unserem Glauben abbringen können Sie uns nicht. Haben wir die Priester nicht, so werden wir alleine beten."

Windthorst steht für die Emanzipation der Politik von der kirchlichen Autorität. Wenn Papst Benedikt XVI. heute in seinem Jesus-Buch schreibt, weltliche Macht stelle keine Gefahr mehr für die Kirche dar, dann stellt er sich damit recht besehen auf die Seite Windthorsts. Auch die Konzilskonstitution *Gaudium et Spes* baut auf seine Einsicht und definiert Politik als eigenständiges Laienapostolat: Oft werde, so heißt es da, "eine christliche Sicht der Dinge" zwar "eine bestimmte Lösung in einer konkreten Situation nahelegen. Aber andere Christen werden vielleicht, wie es häufiger und zwar legitim, der Fall ist, bei gleicher Gewissenhaftigkeit in der gleichen Frage zu einem anderen Urteil kommen."

Damit ist die Kirche tatsächlich im abgelaufenen Jahrhundert einen großen Schritt der "Entweltlichung" bereits gegangen, sie hat das Gewissen des Einzelnen geadelt. Aus der "Welt" zurückgezogen hat sie sich aber nicht. Der Papst ist kein Player auf der europapolitischen Bühne mehr, aber die Christen tragen umso mehr Verantwortung für die Gesellschaft, in der sie leben.

Impulse für die Politik

Nun ist Leo XIII. eine schillernde Figur; nicht nur der wohl letzte Repräsentant eines (macht-) politischen Papsttums, sondern auch Initiator der Katholischen Soziallehre. Seine Enzyklika *Rerum Novarum* (1891) ist bis heute ein Fanal. Mit dem Satz, es sei "ein himmelschreiendes Unrecht, dem Arbeiter seinen gerechten Lohn vorzuenthalten", autorisiert er eine kirchliche Option für die Armen, die sich nicht in Caritas und Fürsorge erschöpft, sondern strukturell, politisch denkt. Glaube vertröstet nicht, er verpflichtet. Wie passt das aber zur Forderung Benedikts, die Kirche müsse sich "gleichsam entweltlichen", um ihre Sendung zu verwirklichen?

Kirche Gesellschaft

Meine Option lautet: Unsere Gesellschaft braucht Kirche, die zu den Fragen der Zeit sowohl sachkundig als auch grundsätzlich aus einer religiös-theologischen Position heraus Stellung nehmen kann. Wir brauchen Kirche als Partner in einer Zivilgesellschaft, die Pluralität der Lebensstile und Wertvorstellungen nicht vorrangig als Problem, sondern als Chance begreift und deshalb auf den Dialog angewiesen ist.

Oft weiß die Politik nicht mehr sicher, was richtig oder falsch ist. Wir fahren immer öfter "auf Sicht" – nicht nur in der Eurokrise. Einführung des Mindestlohns, Energie-wende, frühkindliche Förderung, Schutz des Lebens am Anfang und am Ende der menschlichen Existenz, aber auch Schutz der Kreatur, Schonung der Ressourcen und zugleich Förderung der Wirtschaft – trotz unterschiedlichen Gewichts haben diese aktuellen politischen Themen eines gemeinsam: Sie werden nicht ohne Risiko entschieden, immer sind Abwägung, Unsicherheit und Fehler-wahrscheinlichkeit dabei. Aufgabe der Politik ist es nicht, die vermeintlich beste Lösung durchzusetzen, sondern: Die Risiken zu minimieren, nach verträglichen Lösungen zu suchen. Für mich als christlich orientierten Politiker wäre es deshalb fatal, wenn die Kirche sich aus diesem Dialog zurückzöge und sich in diesem Sinne "ent-weltlich-te".

Wie es im Gegenteil gehen kann, hat der frühere Köl-ner Kardinal Josef Höffner (1906 – 1988) gezeigt. Er war dreierlei: Priester, Professor (für christliche Sozialwissen-schaften) und Politikberater. Als Student hatte er in Rom die katholische Soziallehre kennen gelernt und das Er-scheinen der zweiten Sozialzyklika Quadragesimo Anno (1931) miterlebt. Sie ist dem Subsidiaritätsprinzip gewid-met.

Für Höffner war das Soziale immer konkret. Mit allge-meinplatzartigen Forderungen nach sozialer Gerechtig-keit ist es nicht getan. Er hat den demografischen Wandel und seine Risiken für das Rentensystem vorausgesehen. Schon 1953 warnte er vor einer Versorgungsmentalität, der Tendenz zum "alles regulierenden Vater Staat". Frei-heit gebe es aber nicht ohne Eigenverantwortung.

Nach seinem Vorbild wünsche ich mir eine Kirche, die sich nicht auf die wenigen, vermeintlich "wesentlichen" Fragen selbst reduziert, sondern durch Weite des Ho-rizonts, Sachkunde und echte Dialogbereitschaft und Kompromissfähigkeit auszeichnet. Ich beobachte, dass die Kultur des Kompromisses noch nicht überall in der Kirche die Anerkennung bekommt, die sie verdient hat. Man sieht die schmerzlichen Abstriche, die man im Blick auf das Wünschenswerte machen muss, aber man sieht nicht, dass der Kompromiss eine eigene Würde hat. Es braucht eine hinhörende, neugierige, ständig aufmerksa-me Kirche. Aufwändig inszenierte "Dialogprozesse" sind da möglicherweise nicht der effektivste Weg, um sich den Sorgen und Nöten der Menschen, zumal der kirchenfer-nen, zu öffnen und eigene Lösungen vorzuschlagen.

Hoffungszeichen

Wir sind auf dem Weg zur Bürgergesellschaft. Die Vielfalt der Engagementformen, ihre Kreativität, ihre Nähe zu den Sorgen der Menschen sind beeindruckend. Die Kirchen spielen hier eine gewichtige Rolle, sie sind aber längst nicht mehr allein und unangefochten Experten für die Humanisierung des Sozialen. Auch der in meinen Augen wichtigste Gedanke der Sozialzyklika Caritas in Veritate von Papst Benedikt XVI., die Aufforderung zu einer "Kultur der Unentgeltlichkeit", ist längst Realität – weit über den kirchlichen Kontext hinaus. Dass man nur glücklich wird, wenn man andere glücklich macht – davon sind viele überzeugt, die sich gar nicht Christen nennen.

Was heißt das für die Kirche? – Tatsächlich wird sie wohl von manchen lieb gewordenen, gut funktionierenden und möglicherweise lukrativen Aufgaben Abschied nehmen müssen. In diesem Sinne wird sie, wie der Papst es aus-drückt, "auf Distanz zu ihrer Umgebung" gehen und sich ent-weltlichen. Auf ihr waches Interesse an unserer Ge-sellschaft insgesamt, ihre Analyse von Fehlentwicklun-gen, ihre karitativen Optionen, ihre ethisch-moralischen Einsprüche, ihren Hinweis auf Not, die noch nicht gese-hen wird, aber sich schon abzeichnet – auf all das kann unsere Gesellschaft nicht verzichten.

| Dr. Hermann Kues

Parlamentarischer Staatssekretär im Familienmi-nisterium, Mitglied des ZdK

Arm dran ist, wer arm ist

Armut in Deutschland

Nach dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2008 sind 13 % der Bevölkerung in Deutschland arm. Bestimmte Risikogruppen sind besonders häufig von Armut betroffen. Die Einkommensverteilung ist ungleicher geworden. Wie will unsere Gesellschaft damit umgehen?

Berlin ist die Hauptstadt der Politik, Medien und zunehmend auch der Mode. Aber sie ist auch die Hartz-IV-Hauptstadt. Jedes dritte Kind unter 15 Jahren lebt in einer Familie im ALG II-Bezug. Die Kontraste zwischen edlen Modeboutiquen und heruntergekommenen Straßenzügen sind in Berlin vielleicht krasser als in manchen anderen Städten. Weniger direkt sichtbar ist die ländliche Armut im Land Brandenburg. Eine zunehmende Armutsrisikogruppe sind hier Menschen mit Mindestrenten. Eine Beobachtung aus der Alltagsempirie: Bei der 14-tägigen Seniorenenerholung, die die Caritas in Brandenburg anbietet, waren bis vor wenigen Jahren die Hälfte der Senioren auf öffentliche Zuschüsse angewiesen, um den sowieso nicht üppigen Teilnehmerbetrag zahlen zu können. Jetzt sind es fast alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

13 % der Bevölkerung sind arm

Nach dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2008 sind 13 % der Bevölkerung in Deutschland arm. Arm im Sinne der hier verwandten Definition ist jeder, dessen Nettoeinkommen weniger als 60 % des Mittelwerts (Median) beträgt. Ein Alleinstehender ist demnach arm, wenn er netto weniger als 781 Euro pro Monat hat. Eine Familie mit zwei Kindern gilt als arm, wenn sie über weniger als 1640 Euro verfügt. Den Anteil der Bevölkerung, der unterhalb dieser Werte liegt, wird als Armutsrisikoquote bezeichnet. Die Armutsrisikoquote von 13 % bezieht sich auf die Einkommensverteilung nach Sozialtransfers. Dies können z. B. Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Kindergeld, Kinderzuschlag oder die Grundsicherung im Alter sein. Ohne diese Transfers würden 26 % der Bevölkerung als arm gelten.

Entscheidend dabei ist, in welcher Lebensphase die Menschen von Armut betroffen ist und ob dieser Zustand anhaltend ist. So ist es problematisch, Studierende, die weniger als 781 Euro zur Verfügung haben, zu den Armen zu zählen. Für sie mag im Einzelfall ihr Einkommen zwar prekär sein, jedoch handelt es sich zumeist um einen vorübergehenden Zustand. Denn ihre Chancen als Akademiker arbeitslos zu sein und ein geringes Einkommen zu haben, sind deutlich geringer als bei einer Person ohne Berufsabschluss.

Die Armutsrisikoquote ist gestiegen

Trotz mancher Fortschritte wie z. B. einem Rückgang der Arbeitslosigkeit, deutet alles darauf hin, dass die Armutsrisikoquote in den letzten zehn Jahren gestiegen und die Einkommensverteilung ungleicher geworden ist, auch wenn über das genaue Ausmaß des Anstiegs sehr gestritten wird. Nach den Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) stieg die Quote von 12 % 1998 auf 18 % 2005. 11 % haben ein dauerhaftes Armutsrisiko. 5 % sind von sog. dauerhaft strenger Armut betroffen. Sie haben dauerhaft ein Einkommen von weniger als 50 % des mittleren Einkommens. Diese Gruppe ist nahezu konstant geblieben.

Wenig Fortschritte bei den verfestigten Risikogruppen

Bestimmte Risikogruppen sind besonders häufig von Armut betroffen. Arbeitslosigkeit ist die bei weitem häufigste Ursache für Armut. Menschen ohne Berufsausbildung haben ein Armutsrisiko von 19 %. Dies ergibt sich daraus, dass Menschen ohne Berufsausbildung ein etwa dreifach höheres Risiko haben arbeitslos zu sein und weit häufiger in schlecht bezahlten Jobs arbeiten. Zudem hat die Gruppe der Alleinerziehenden mit 24 % eine deutlich höhere Armutsrisikoquote. Wenn Alleinerziehende langzeitarbeitslos sind, haben sie damit auch ein Einkommen unter der Armutsrisikoschwelle. Wenn sie Teilzeit arbeiten und auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen sind, ist das häufig ebenfalls so. 40 % der Alleinerziehenden in Deutschland leben von Arbeitslosengeld II. Besonders problematisch ist die Wirkung von Armut auf Kinder. Kinder aus armen Familien haben deutlich schlechtere Bildungschancen, weniger Zugangsmöglichkeiten zum Ar-

Sozialpolitik Armut

beitsmarkt und vor allem höhere Gesundheitsrisiken.

Armut macht krank – jeder verdient Gesundheit

Menschen in anhaltender Armut tragen ein höheres Risiko, einen Herzinfarkt oder Schlaganfall, Diabetes mellitus oder eine chronische Bronchitis zu bekommen. Kinder aus armen Familien leiden weit häufiger am Übergewicht. Sie haben häufiger Defizite in der Sprachentwicklung. Kinder aus armen Familien beginnen häufiger und früher zu rauchen. Auch bei Erwachsenen gibt es einen deutlichen Zusammenhang zwischen Suchtkrankheit und Armutsrisiken.

Die Praxisgebühr muss abgeschafft werden

Wer von Arbeitslosengeld II lebt, überlegt jede Ausgabe genau. So werden notwendige Arztbesuche aufgeschoben, um die Praxisgebühr zu sparen. Auch die Zuzahlungen und Eigenbeteiligungen, die in den vergangenen Jahren eingeführt bzw. ausgeweitet wurden, schrecken viele Menschen ab. Die Praxisgebühr wurde eingeführt, um medizinisch nicht notwendige Arztbesuche einzuschränken. Diese steuernde Wirkung hat die Praxisgebühr nicht erreicht. Deshalb fordert die Caritas die Abschaffung der Praxisgebühr.

Benachteiligte Menschen haben teilweise nicht die gleichen Zugangschancen zum Gesundheitswesen. Ein häufiges Bild, das von Vertreterinnen und Vertretern einer eher liberal geprägten Position vertreten wird, ist die Vorstellung von einem relativ mündigen, souveränen Patienten, der seine Entscheidungen rational im Gesundheitswesen trifft. In Analogie zu dem Gerechtigkeitstheoretiker John Rawls ist ein System, das der Verteilung von (existenziellen) Gütern dient, jedoch auch stets aus der Perspektive des am schlechtesten Gestellten zu betrachten. Für das Gesundheitswesen bedeutet dies, dass wir die Weiterentwicklung des Gesundheitswesens auch stets aus der Perspektive von Menschen mit geringem Einkommen, z. B. Hartz-IV-Empfängern, Menschen mit Behinderung und chronischen Erkrankungen sowie Menschen mit Demenz oder anderen Einschränkungen bewerten müssen.

Das Gesundheitswesen könnte allerdings noch so gut mit Ressourcen ausgestattet werden. Es wird diese Zusammenhänge zwischen Armut-Bildung-Gesundheit-Benachteiligung nur begrenzt verändern. Im Gegenteil, das Gesundheitswesen ist häufig Auffangbecken für soziale Nöte von Menschen – sei es Einsamkeit, Arbeitslosigkeit, fehlende Beheimatung oder das Risiko, abgeschoben zu werden. Da hilft keine Medizin, sie kann höchstens Symptome lindern. Es besteht im Gegenteil sogar die Gefahr, dass solche Nöte medikalisiert werden. Deswegen plädiere ich für eine Demedikalisierung von Lebenslagen. Wir brauchen hingegen einen übergreifenden Ansatz im Sinne der Verhältnisprävention. Im Vordergrund steht dabei die Stiftung von Solidarität im Nahraum zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft. Familien und soziale Netze zu stärken ist das oberste Gebot.

Statt Castingshow Kinderoper in Berlin-Lichtenberg

Genau hier setzt die Arbeit der Caritas im Erzbistum Berlin an. So verwandelt sich das Caritas-Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Steinhaus im Stadtteil Frankfurter Allee Süd, einem sozialen Brennpunkt, in Berlin-Lichtenberg jeden Donnerstag zu einem Kinderopernhaus im Kiez (www.caritas-berlin.de). Die Räume des Jugendfreizeitzentrums werden zu einer Probebühne, einem musikalischen Studio, einer Bühnenbildwerkstatt, einer Medienzentrale und einem "Opernkasino". Hier entstehen, in bewährter Zusammenarbeit mit der Staatsoper im Schiller-Theater, neue Produktionen, die sogar in den Spielplan der Oper aufgenommen wurden. Die Neugier und die Kreativität der Kinder für die Welt der Oper werden gefördert. Begleitet von erfahrenen Theaterpädagogen, Sozialpädagogen und Künstlern erarbeiten die Kinder in Teamwork neue künstlerische Werke und erweitern ihre sozialen Kompetenzen. Statt unwahrscheinliche Hoffnungen in entwürdigende Castingshows zu setzen, lernen sie ihre Talente in der Kinderoper kennen. Und das Beste ist, dass der ganze Stadtteil – einschließlich der katholischen Pfarrgemeinde – mitanpackt und viele Zuschauer aus ganz Berlin magisch angezogen werden. Das ist eine Initiative für Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt!

| Dr. Ulrike Kostka

Diözesancaritasdirektorin des Erzbistums Berlin
und Moraltheologin

Nervöses Abwarten auf der Zuschauerbank

Polen und der Euro

Donald Tusk ist ein geschickter Taktiker. Er weiß, wann er etwas sagen soll und wann es besser ist, über ein Thema zu schweigen. Als er am 18. November 2011 vor dem polnischen Parlament, dem Sejm, seine Regierungserklärung abgab, verzeichneten die Beobachter sofort, worüber der Premier kein Sterbenswörtchen verlor – nämlich darüber, wann Polen die gemeinsame europäische Währung einführen wird.

Der Begriff "Krise in der Eurozone" war eigentlich das Leitmotiv dieser Rede, in der Tusk eine Reihe "schmerzlicher" Schritte ankündigte, die aber gerade deshalb unumgänglich seien, damit die Krise nicht auf Polen übergreift. Die Angleichung des Renteneintrittsalters von Männern und Frauen und seine Anhebung auf 67 Jahre, die Abschaffung von Steuererleichterungen, die Anhebung des Arbeitgeber-Rentenbeitrags ... "Wir werden Maßnahmen ergreifen müssen, darunter unpopuläre ..., die Entbehrenungen und Verständnis von allen verlangen, ausnahmslos", sagte Tusk und betonte, dass all dies notwendig sei, damit "wir erfolgreich der Krise widerstehen können".

Damals, Mitte November 2011, wollte Tusk eine Diskussion darüber, wann Polen der Eurozone beitreten soll, ersichtlich (noch) nicht auslösen. Der Grund war einfach: Würde heute eine Volksabstimmung stattfinden, so würden die meisten Polen gegen einen Beitritt Polens zur Eurozone stimmen. Denn sie erinnern sich noch gut an die kommunistische Zeit und auch daran, dass der Begriff "Krise" viel dramatischer wirken kann. Die meisten Polen wollen nicht verlieren, was nach 1989 erreicht wurde. Zwar ist Polen ärmer als die Länder des Westens, doch es ist zugleich ein Land, dessen Bruttoinlandsprodukt zwischen 2008 und 2011 um fast 16 Prozent wuchs (der EU-Durchschnitt lag bei Null). Die Polen wissen ihre "kleine Stabilität" zu schätzen – das "Euroland" kommt ihnen als etwas Unsicheres, ja sogar Gefährliches vor.

Ein gutes Gespür für diese Stimmungen hat der zweitwichtigste polnische Politiker, Jarosław Kaczyński, Anführer der größten Oppositionspartei PiS (Recht und Gerech-

tigkeit). Bei der Debatte über Tusks Regierungserklärung im Sejm sprach Kaczyński das Thema an, über das der Ministerpräsident schwieg – und argumentierte, es wäre für Polen heute "schlimmer als ein verlorener Krieg", wenn es den Euro übernehmen würde. Der Gerechtigkeit halber sei hinzugefügt, dass Kaczyński die polnische Mitgliedschaft in der EU befürwortet. Im Übrigen gibt es in der polnischen Politik heute keine ernsthafte Kraft, die gegen "Europa" wäre – die Vorteile der Mitgliedschaft sind allzu deutlich. Die Frage muss aber lauten: Was weiter?

Der Streit um den Euro – ein Streit (auch) um die Souveränität

Wenn Polen der Eurozone fernbleibt, so kann es also nur mehr die Rolle eines Beobachters einnehmen. Bezeichnend hier: In Zeiten der Krise hat sich die polnische EU-Präsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2011 auf eine größtenteils symbolische Rolle beschränkt. Diese Situation ist aber alles andere als komfortabel, denn in den nächsten Jahren entscheidet sich die Zukunft Europas – und zwar nicht in den EU-Gremien, sondern während der Treffen der Staats- und Regierungschefs der Eurozone. Denn das ist ja heute eine neue europäische "Regierung", zwar nicht formal, aber *via facti*. Vor allem dort wird nicht nur über die gemeinsame Fiskalpolitik entschieden – auch dort gestalten sich zwischenstaatliche Beziehungen: zwischen den Reichen und den Armen, den Großen und den Kleinen. Ebenfalls zu entscheiden ist die Frage, wie viel Souveränität die zu diesem künftigen Europa gehörenden Länder noch abgeben wollen.

Diesem europäischen "De-facto-Zentrum" muss Polen fernbleiben. Wie lange noch? Bestimmt bis 2015 – und womöglich länger. Zu dieser Schlussfolgerung kommt man, wenn man eine harte Auseinandersetzung beobachtet, die in Polen knapp zwei Wochen danach begann, nachdem Tusk seine Regierungserklärung abgab – und kurz bevor in Brüssel der Entwurf des Fiskalpakts von 25 der 27 EU-Länder angenommen wurde.

Ausgelöst wurde diese Debatte durch den Außenminister Polens, Radosław Sikorski, der in Berlin am 28. November 2011 eine bemerkenswerte Rede hielt. Mit dieser Rede rief Sikorski in Polen eine heftige und emotionale Diskussion hervor, die bis heute dauert: darüber, was wir Polen

Europa Polen

von Europa wollen und wie wir uns Polens Platz in dem Organismus vorstellen, der bereits 2012 aus der alten EU entsteht. Und ob wir in der Auseinandersetzung über diese Zukunft auf der Seite Deutschlands stehen wollen, das – von der Lage gezwungen – zum europäischen Anführer aufsteigt.

Nun wurde also der Stock in das (polnische) Wespennest gestochen mit der Erklärung Sikorskis, dass Polen – ausgerechnet Polen! – an Deutschland appelliert, sich nicht vor der Rolle eines europäischen Anführers zu drücken. Man darf annehmen, dass deutsche Politiker vor allem auf diese Worte Sikorskis aufmerksam wurden: Er sei als wohl erster polnischer Außenminister bereit zu der Aussage, weniger Angst vor deutscher Macht als vor deutscher Untätigkeit zu haben.

Damit hatte Sikorski recht: Von dem, was Berlin tun oder nicht tun wird, hängt nun die Zukunft der Eurozone und der EU ab. Dabei ist die Tatsache, dass Deutschland zum wichtigsten Land bei der Rettung der gemeinsamen Währung – also bei der Rettung der EU – geworden ist, keineswegs die Folge eines politischen Plans in Berlin, eines (guten oder bösen) politischen Willens. Man könnte sogar sagen: Anders, als dies griechische Demonstranten oder französische Sozialisten glauben zu sehen, ist Deutschland in diese Rolle gedrängt worden und es ist darüber alles andere als glücklich. Denn was in den Augen der griechischen "Straße", der britischen, französischen oder italienischen Presse, aber auch vieler Politiker in Frankreich, Spanien, Großbritannien oder Portugal – die Liste muss auch einen Großteil der polnischen Opposition berücksichtigen – als immer irritierendere "deutsche Dominanz" erscheint, ja wohl als "eine deutsche Kolonisierung Europas", nimmt sich aus der Perspektive der deutschen Politiker und stimmberechtigten Steuerzahler ganz anders aus. Als was? Vor allem als große, allzu große Verantwortung, als allzu große Erwartung.

Europa ohne Identifikation?

Es wäre verhängnisvoll, wenn ein Europa der Zukunft von einem beträchtlichen Teil seiner Bevölkerung als rein technokratisches, von Fachleuten geschaffenes Gebilde gesehen werden würde, das gegen den eigenen Willen eingeführt wurde und, selbst wenn es in seiner wirt-

schaftlichen "Alternativlosigkeit" über Autorität verfügt, keine demokratische Legitimation besitzt. Und das noch dazu keinerlei positive Emotionen freisetzt, dem also etwas abgeht, was wir eine im Entstehen begriffene "europäische Identität" nennen.

Ein solches Europa wüsste vielleicht besser mit einer Finanzkrise umzugehen. Aber wie lange würde sich ein solches Europa halten können, mit dem sich kaum jemand identifizieren möchte, wenn erst einmal die Gefahr der heutigen Krise vorbei ist? Und was soll dann folgen? Die Identifikation der Europäer mit dem neuen "Europa des Fiskalpakts" ist ein unterschätzter, aber grundlegender Faktor.

Und Polen?

Polen – so der Wille der Regierung Tusk – soll bis 2015 alle Kriterien erfüllen können, die dem Land erlauben würden, der Eurozone beizutreten. Sollte dieses Ziel realisiert werden, bedeutet es aber nicht, dass Polen dann tatsächlich beitrifft – mal abgesehen davon, ob das politisch durchsetzbar und vermittelbar wäre. Denn für Polen wäre es besser, ein paar Jahre abzuwarten – so kürzlich Marek Belka, Chef der polnischen Zentralbank –, bis die Eurozone auf dem eigenen Hof für Ordnung sorgt.

Abwarten: Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus mag das rational erscheinen. Eine Strategie des Aussitzens der Krise bedeutet aber politisch, dass Polen dem Entscheidungsprozess über die Zukunft Europas, also auch über die eigene Zukunft, fernbleiben muss. Ein Dilemma, das wohl kaum lösbar ist.

Wojciech Pięciak

Leiter des Ressorts Ausland in der polnischen katholischen Wochenzeitung "Tygodnik Powszechny".

Eine ausführlichere Fassung dieses Beitrags ist in Ausgabe 1/2012 der Zeitschrift OST-WEST. Europäische Perspektiven (OWEP) erschienen. Mehr unter: www.owep.de.

Unsere Kirche, trotz allem

Kirchendialog in Belgien

Die katholische Kirche hat in Deutschland im vergangenen Jahr einen bundesweiten Dialogprozess zur Zukunft der Kirche angestoßen. Auch in anderen europäischen Ländern gibt es vergleichbare Vorgänge.

"L'Église quand même" laut der Titel der neuesten Veröffentlichung des belgischen französisch- und deutschsprachigen Laienverbandes CIL (Conseil interdiocésain des Laïcs de Belgique francophone et germanophone) vom September 2011. Es handelt sich hier nicht nur um einen Buchtitel. Nein, es geht um viel mehr. Es handelt sich um eine Bekräftigung, ein Bekenntnis all derer, die sich mit ihrer Kirche schwer tun: Wir bleiben trotz der unruhigen Zeiten in unserer Kirche, trotz aller Wellen, die zuletzt u. a. der Missbrauchsskandal und die Ernennung von Monseigneur Léonard zum Erzbischof von Mecheln-Brüssel geschlagen haben, wir halten ihr die Treue und bekräftigen: Dies ist unsere Kirche, trotz allem.

Die Wünsche der Gläubigen beherzigen

Die Mitglieder des CIL sind der Überzeugung, dass sich unsere Kirche dringend an die heutigen Lebensgegebenheiten anpassen muss. Es geht nicht darum, dem Zeitgeist nachzulaufen, aber darum, dass die Kirche – wie es auch im II. Vatikanischen Konzil betont wird – die Zeichen der Zeit erkennt und das persönlich Erlebte, die Meinungen und Wünsche ihrer Mitglieder beherzigt. Deshalb hat es sich der CIL zur Aufgabe gemacht, die 'Basis' zu befragen, den Menschen zuzuhören. Vor einigen Jahren wurde deshalb die Aktion "Begegnung mit dem Volk Gottes" ins Leben gerufen, die in der o. g. Veröffentlichung dokumentiert wird. Im Rahmen dieser Initiative wurden Treffen mit verschiedenen Personenkreisen organisiert: In einer ersten Phase wurden Interviews geführt mit Experten aus den Bereichen Theologie, Philosophie, Spiritualität/Geistliche Begleitung, mit Geistlichen, Laien, Frauen und Männern, die in der Kirche vor Ort in der Wallonie und in Brüssel Verantwortung tragen. In einer zweiten Phase fand ein Austausch mit ca. 30 Gruppen engagierter Christen statt, die ganz unterschiedliche neue Wege beschritten hatten, ihren Glauben in Gemeinschaft zu leben. Die

dritte und umfassendste Phase bestand schließlich darin, zu 8 regionalen Treffen mit insgesamt ca. 400 Personen rund um die Themen einzuladen, die in den beiden ersten Phasen zur Sprache gekommen waren. Der Untertitel der Dokumentation "Dem Volk Gottes Gehör schenken" war also wirklich Programm.

Gemeinsame Verantwortung von Laien und Priestern

Aus den Interviews und Treffen resultierten "10 Vorschläge für Hoffnung und Weiterentwicklung in unserer Kirche" (www.cil.be/files/10%20propo.pdf). Die Wochenzeitung *Dimanche* (Sonntag) resümiert sie wie folgt: Die 10 Vorschläge skizzieren eine Kirche, die die gemeinsame Verantwortung von Laien und Geistlichen fördert, Brüderlichkeit und ein solidarisches Miteinander praktiziert, jeden zu Wort kommen lässt und den Armen Vorrang einräumt. Diese Kirche lässt sich vom Evangelium inspirieren und lebt den Austausch, in dem "jeder seine Meinung äußern" kann, denn "Gott und die Wahrheit gehören niemandem".

"L'Église quand même" war eine Folge des "Offenen Briefes [des CIL] an unsere christlichen Mitbrüder, Laien, Geistliche und Bischöfe" vom November 2010. Der CIL betont in diesem Brief: "Wir, Laien, Männer und Frauen, werden nicht resignieren angesichts der völligen Auseinanderentwicklung zwischen unserer Amtskirche und den heutigen Lebensrealitäten. Die Zeit ist gekommen, öffentlichen Protest zu wagen, Grenzen zu überschreiten, aufzuhören immer nur passiv zu gehorchen". In diesem Brief bieten die Laien jedoch den Bischöfen auch ihr Mitwirken an: "Selbst auf der Ebene der Belgischen Bischofskonferenz könnten die Laien zum Vorteil aller an den Überlegungen und Entscheidungsprozessen teilhaben [...] Wie bereits zuvor, hofft der CIL, einen offenen Dialog mit der Bischofskonferenz fortführen zu können, in einer offenen und vom Evangelium inspirierten Sprache" (www.cil.be/files/Lettreouverte.pdf).

Ein strukturierter Dialog

Dieser Aufruf zum Dialog, dieses Angebot zur gemeinsamen Verantwortung, wurde schließlich von den Bischöfen erhört. Das erste Treffen im Dezember 2010 war ein offener Austausch, aber man konnte nicht wirklich von einem

Kirche Reformen

Dialog sprechen. Vielleicht lag dies an den Themen: die 10 Vorschläge und der offene Brief des CIL, die keinen großen Enthusiasmus bei den Bischöfen ausgelöst hatten. Aber in Folge wurde vereinbart, einen strukturierten Dialog zu initiieren. Das folgende Treffen ein Jahr später im Dezember 2011 wurde als wirklicher Dialog, d. h. als ehrlicher Austausch und ein Zuhören, wahrgenommen. Bei diesem Treffen äußerte Monseigneur Léonard, Erzbischof von Mecheln-Brüssel und Vorsitzender der Belgischen Bischofskonferenz, den Wunsch nach einer gemeinsamen Erklärung von Bischöfen und Laien zu den sozialen Folgen der Wirtschaftskrise. Nach einigen ertragreichen Treffen und unter Hinzuziehen des flämischen Laienverbandes IPB (Interdiocesaan Pastoraal Beraad) wurde der Aufruf "Für eine gerechte und lebenswerte Welt" gemeinsam verabschiedet (www.cil.be/images/stories/welt.pdf). Diese Einladung zur Solidarität drückte zunächst unsere Empörung angesichts der Mechanismen von Exklusion und Ausbeutung von immer mehr Menschen aus. Wir postulierten eine Ethik des Gemeinwohls und einen anderen Lebensstil. Jeder Einzelne persönlich, Zivilgesellschaft und Politik, jeder wird je nach seinen Möglichkeiten dringend zum Handeln aufgerufen.

Weitere Initiativen

Auch der IPB hatte in den vergangenen Jahren eigene Initiativen gestartet. Im Dezember 2011 lud der IPB an die Katholischen Universität Löwen (KUL) zu einem Treffen mit dem Titel "Kirche in Bewegung" ein. Mehr als 200 Personen, Bischof Léonard und alle flämischen Bischöfe nahmen teil. Während der Veranstaltung wurden zwei Studien vorgestellt: aus der einen resultierte, dass die Mehrheit der Gläubigen nur schwerlich die prekäre Lage der Kirche akzeptiert. Die zweite Studie – vom IPB in Auftrag gegeben und von der KUL realisiert – hatte das Miteinander in der Kirche heute und morgen zum Gegenstand. Die Studie offenbart die Schwierigkeiten der Kirche, intern Demokratie zu praktizieren – auch außerhalb der Orden gewisse demokratische Prinzipien anzuwenden – v. a. in ihren Beziehungen mit den Laien. Worte wie Mitverantwortung, Dialog, Teilhabe, gemeinsame Kommunikation, Transparenz, hinterlassen bei vielen Laien weiterhin einen bitteren Nachgeschmack. Einige Wortmeldungen von Bischöfen an diesem Tag geben jedoch Anlass zu einer gewissen Hoffnung. Wie Olivier Legendre

schreibt: "Manchmal bedürfen wir der Krisen, um verlorengegangene Werte wiederzufinden."

Ermutigende Zeichen

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Beziehungen zwischen Amtskirche und Laienverbänden in Belgien bereits schwierigere Zeiten von Unverständnis und der Dialogverweigerung durchlebt haben. In beiden Laienverbänden besteht der Eindruck, dass heute wirklich der Wille, zuzuhören und Teilhabe zu ermöglichen, vorhanden ist. Hoffen wir, dass dies von Dauer ist!

Ein ermutigendes Zeichen in diese Richtung stellt auch die im Januar unter dem Titel "Das verborgene Leid" veröffentlichten Maßnahmen der Bischofskonferenz im Umgang mit Missbrauchsoffern dar. Es handelt sich hierbei um ein veritables Programm, das zum Handeln aufruft und als exemplarisch angesehen werden kann. Nichtsdestotrotz plädiert der ehemalige geistliche Assistent des CIL, der Jesuit Paul Thion, für legitime Grenzüberschreitungen. Seiner Ansicht nach stellen diese keine neue Erscheinung innerhalb der Kirche dar und könnten vielmehr dazu beitragen, den Sinn des Evangeliums zu leben (s. Thions Buch "Das Evangelium befreien"). Er bestärkt damit das, was der CIL bereits in seinem offenen Brief gefordert hatte.

Das Schlusswort soll Monseigneur Rouet, Bischof em. von Poitiers, haben: "Das Nachdenken über die Kirche kommt allen gleichermaßen zu. Jedem muss es möglich sein können, zum Kirchenleben beizutragen, solange er auch bewusst wahrnimmt, was er wiederum von der Kirche erhält."

In diesem Sinne wird sich auch die Studienversammlung des Europäischen Laienforums Ende Juni in Wien mit der Frage beschäftigen: "50 Jahre nach dem II. Vatikanischen Konzil - Gläubige als Menschen der Kirche im Herzen der Welt und als Menschen der Welt im Herzen der Kirche".

Peter Annegarn

Präsident des französisch- und deutschsprachigen belgischen Laienverbands CIL, Präsident des Europäischen Laienforums (ELF)

**ZdK**Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

INkonzept – Wir helfen Ihnen helfen Finanzielle Förderung für freiwillig Engagierte Ein Projekt des Diözesanrates Rottenburg-Stuttgart

Ein langfristig angelegtes Projekt mit einem Finanzvolumen von 1 Million Euro pro Jahr aufzulegen, ist in Zeiten eines labilen globalen Finanzmarkts auch für den Diözesanrat einer großen Diözese kein Pappenstiel. Der Diözesanrat Rottenburg-Stuttgart – gleichzeitig Kirchensteuervertretung der Diözese – geht ungewöhnliche Wege in der Förderung des Ehrenamts.

"Die Förderung des Ehrenamts und das Thema Armut prägten die letzte Amtsperiode unseres Diözesanrats«, erläutert Diözesanratssprecher Dr. Johannes Warmbrunn, "der Diözesanrat hat in Zusammenarbeit mit dem Diözesancaritasverband einen Kinder-Armut-Reichtums-Bericht für Baden-Württemberg in Auftrag gegeben, wollte sich aber nicht mit der Problemanalyse zufriedengeben. Er hat sich dafür eingesetzt, das Ehrenamt zu stärken und wollte aktiv ein nachhaltiges Signal dafür setzen." Beide Anliegen vereint jetzt das finanzielle Förderkonzept INkonzept, das ehrenamtliche Initiativen gegen Benachteiligung unterstützt. 1.000 Projekte können damit mit bis zu 1.000 Euro im Jahr gefördert werden. Dazu kommt die Unterstützung durch die Öffentlichkeitsarbeit, die die geförderten Projekte im Sinne von Best-Practice-Beispielen bekannt macht. Im Wesentlichen müssen die Projekte zwei Bedingungen erfüllen: 1. die Kooperation mit zwei nicht-katholischen Partnern wie Schulen, evangelischen Kir-

chengemeinden, Kommunen, Unternehmen und 2. eine Komplementärfinanzierung von anderer Seite in derselben Höhe.

Jobpaten, die in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer leistungsschwachen Hauptschülern beim Übergang von der Schule in den Beruf zur Seite stehen, werden von INkonzept gefördert. Weitere Beispiele sind ein Gemeindechor, der mit städtischer Hilfe Gitarrenunterricht für Werkrealschüler mit Migrationshintergrund ermöglicht, eine Koordinationsstelle für "Betreutes Wohnen zu Hause", ein ökumenischer Hospizdienst, ein Besuchsdienst für einsame Ältere und eine Neukonzeption für Eltern-Kind-Gruppen.

"Gar nicht so einfach ist es", stellt Diözesanratssprecher Hermann Steuer fest, "den Initiativen nahezubringen, dass die Fördermittel nicht in das Projekt einfließen, sondern gezielt für die Ehrenamtlichen selbst eingesetzt werden sollen – für Fortbildungen, für spirituelle Anregungen, für Supervision. Die Ehrenamtlichen tun oft zu wenig für sich selbst. Wir sind der Überzeugung, dass eine gute und qualifizierte Begleitung die Ehrenamtliche wirklich stärken kann – in jeder Hinsicht."

Der durchaus erwünschte Nebeneffekt: INkonzept bringt den Diözesanrat mit unterschiedlichsten Ebenen in Kontakt:

Mitglieder des Diözesanrats, Caritas-Mitarbeiter und Dekanatsreferenten fungieren als örtliche INkonzept-Ansprechpartner, beraten Interessierte und helfen bei der Antragstellung.

Mehr Informationen finden Sie unter www.inkonzept.drs.de oder bei der Geschäftsstelle Diözesanrat, Jahnstraße 30, 70597 Stuttgart, Tel. 0711 9791-214, Fax -154, diözesanrat@bo.drs.de

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de Web www.zdk.de

Herausgeber
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite: www.zdk.de/salzkoeerner